



Selbstbestimmung und Widerstand: Die Rolle der Zivilgesellschaft im Kampf gegen Unsicherheit und Neoimperialismus in der Sahelzone

von Dolly Afoumba

Während einer Debatte über den Begriff der Rechtsstaatlichkeit im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen stellte Antonio Guterres die offensichtliche Feststellung an, dass die internationale Rechtsordnung zunehmend als Option und nicht als Verpflichtung behandelt werde: „Überall auf der Welt“, so sagte er, „wird die Rechtsstaatlichkeit durch das Gesetz des Dschungels ersetzt.“⁽¹⁾ Nur ist in diesem Dschungel der Mensch in seiner einfachsten Rolle (als Mitglied der Zivilgesellschaft) kein Wolf für den Menschen, sondern die verwundbarste Beute mächtiger Raubtiere, nämlich der schwer bewaffneten Staaten, die unter dem Deckmantel sogenannter rettender Absichten einseitig über das Schicksal von Menschen in anderen Staaten entscheiden, angeblich gegen ein sogenanntes unterdrückerisches Re-

gime. Im Gegensatz zum Schicksal des Völkerrechts, dessen abstrakter Charakter es vielleicht ignorierbar, aber nicht unwiederbringlich macht, bleibt die Zivilgesellschaft das größte Opfer internationaler Willkür. Sie gerät unter Beschuss, wird weder konsultiert noch berücksichtigt. Von einem sterbenden Völkerrecht ihrem Schicksal überlassen, muss sie sich organisieren, um sowohl auf lokaler Ebene als auch auf internationaler Ebene Einfluss zu nehmen. Und zwar bevor die Munition ausgeht, denn die Geschichte hat gezeigt: Wenn die Raketen einschlagen, versiegen die Reden zugunsten des Selbstbestimmungsrechts der Völker und werden erst wiederbelebt, wenn die Verwüstungen Sieger*innen und Verlierer*innen hervorgebracht haben. Dieser Artikel befasst sich daher mit den Aktionen der Zivilgesellschaft im aktuellen Kontext globaler

Unsicherheit, vor allem in der sogenannten Zentral-Sahel-Region, insbesondere in Mali, Burkina Faso und Niger.

Kurzer Überblick

Seit den 2000er Jahren, insbesondere nach dem Sturz Gaddafis 2011, ist die Sahelzone von zunehmender terroristischer Gewalt betroffen. Sie wurde zum Schauplatz westlicher Militärinterventionen, bevor seit 2020 souveränistische Bewegungen in Mali, Burkina Faso und Niger zu Militärregimen und dem Abzug westlicher Truppen führten, wodurch sich neue, panafrikanistisch geprägte Führungsformen mit gemischten sicherheitspolitischen Ergebnissen etablierten.

Einerseits geht es um den Schutz und die eigenständige Nutzung lokaler Ressourcen durch Förderprogramme für Produzent*innen, etwa das malische PCRSS (Projet Communautaire de Relèvement et de

(1) <https://news.un.org/fr/story/2026/01/1158291>

Stabilisation du Sahel)⁽²⁾, das seit 2020 in mehreren Regionen tätig ist und Millionen Begünstigte erreicht hat, sowie das burkinische PURPA-Projekt zur Stärkung der landwirtschaftlichen Produktion (Projet d'urgence pour le renforcement de la production agricole). Dieses wird seit 2026 von der Afrikanischen Entwicklungsbank unterstützt und umfasst zentrale Agrarsektoren. Parallel dazu haben die drei Staaten ihre gemeinsamen Interessen durch institutionelle Initiativen gestärkt, darunter die Charta von Liptako-Gourma (2023), die Gründung der Konföderation der Sahelstaaten (2024), die Einrichtung der Investitionsbank BCID und der gemeinsamen Streitkraft FU AES (Alliance des États du Sahel), während zugleich regionale Beziehungen verbessert und verstärkte Bemühungen zur Kontrolle strategischer Rohstoffe wie Gold, Lithium, Erdöl und Uran sichtbar werden.

In Mali forderte der Staat Steuerrückstände von [der kanadischen Firma (Anm. der Red.)] Barrick Mining ein, stellte bestimmte Goldminen unter vorläufige Staatsverwaltung, beschlagnahmte einen Teil der Goldproduktion und verhaftete einige Führungskräfte des Unternehmens, denen Unterschlagung vorgeworfen wurde. In Burkina Faso haben die Behörden systematische Prüfungen der Bergbaulizenzen eingeleitet und im Oktober 2024 damit gedroht, den multinationalen Unternehmen im Goldsektor die Lizenzen zu entziehen, was zu einem Einbruch des Börsenwerts mehrerer kanadischer und australischer Unternehmen führte. In Niger hat die Regierung eine Überprüfung der Vereinbarungen mit ausländischen Unternehmen eingeleitet, insbesondere im Uransektor. Sie hat Somaïr verstaatlicht, ein Unternehmen, das Uranvorkommen abbaut und mehrheitlich im Besitz des französischen Unternehmens Orano ist, dem im Juni 2024 die Abbau- lizenz für das Imouraren-Vorkom-

men entzogen wurde. Niger hat zudem neue Forderungen an China gestellt, um extrem strenge Bedingungen für die Erdölförderung festzulegen.

Andererseits sieht man die durchwachsenen Ergebnisse der friedenserhaltenden Maßnahmen und der Bemühungen zur Stärkung der staatlichen Autorität im gesamten Staatsgebiet. Trotz der oben genannten Anstrengungen ist die Sicherheitslage in der zentralen Sahelzone nach wie vor alarmierend. Terroristische Gruppen wie die mit Al-Qaida verbündete „Gruppe zur Unterstützung des Islam und der Muslime“ (GSIM) üben starken Druck aus. Über sämtliche Blockaden von Handelsstraßen hinaus, sind tödliche Angriffe zu beobachten. So beispielsweise die von der GSIM für den 24. August 2024 beanspruchte tödliche Offensive, bei der in der Nähe von Barsalogho, nordöstlich von Ouagadougou, ein Verteidigungsgraben ausgehoben wurde, was Hunderte von zivilen Opfern forderte. Ebenso wie wenige Wochen später, am 17. September, der Angriff von Kommandos derselben Gruppe im Herzen Malis auf die Nationale Gendarmerieschule sowie auf den internationalen Flughafen von Bamako, der mehrere Dutzend Opfer forderte. Am 25.04. 2026 verübte das mit Al-Qaida verbündete Terrornetzwerk JNIM gemeinsam mit Tuareg-Rebellen der FLA koordinierte Angriffe in sieben Städten in Mali, bei denen unter anderem Verteidigungsminister Sadio Camara getötet wurde.

Trotz des erklärten Bruchs mit repressiven Praktiken früherer Regime bleiben die neuen Staatsführungen nicht frei von Kritik, insbesondere aufgrund der Verhaftung und Kriminalisierung von Journalist*innen, Aktivist*innen und regierungskritischen Stimmen. In Verbin-

dung mit einer relativen subregionalen Isolation könnte die Region zum Ziel von Operationen zur gewaltsamen Durchsetzung des Friedens werden. An den Toren des Nahen Ostens gelegen, könnte die Sahelzone ebenfalls dunklere Zeiten erleben, falls terroristische Organisationen dort wie in der Zeit nach Gaddafi einen besseren Zufluchtsort fänden. Eine Situation, die auch eine erneute westliche Militärintervention nach sich ziehen könnte, die in diesem Kontext der Willkür noch mehr Schaden an der Zivilbevölkerung anrichten würde.

So betrachtet bleibt die Lage für die Zivilgesellschaft angespannt, die zusätzlich zu den oben genannten Umständen mit einer Verschlechterung der Lebensbedingungen konfrontiert ist. Diese resultiert insbesondere aus den früheren Sanktionen der ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) und der Europäischen Union, die im Laufe des Jahres 2025 jedoch wiederholt als einer der Hauptgründe für den endgültigen Austritt von Mali, Burkina Faso und Niger aus der ECOWAS genannt wurden.⁽³⁾

Angesichts dieses Kontextes ist jedoch eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit der Zivilbevölkerung in Mali, Burkina Faso und Niger zu beobachten. In diesen drei Ländern zeigt die Gesamtheit der sozialen Schichten einen echten Willen, am nationalen Wiederaufbau mitzuwirken.

Zwischen Mediation, Dialog und wirtschaftlicher Resilienz

Die Bevölkerung der zentralen Sahelzone spielt eine zentrale Rolle beim Aufbau von Sicherheitsstrukturen und bei der Förderung friedlicher Entwicklungen, indem sie sich in Bereichen wie Konfliktprevention, wirtschaftliche Alternativen und zi-

(2) <https://pcrss.ml/>

(3) <https://www.youtube.com/watch?v=VNC-aOz0rcA&t=1s>.



vilgesellschaftliche Initiativen engagiert. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der finanziellen Beteiligung am nationalen Wiederaufbau, die zwar an historische Beispiele wie europäische Kriegsanleihen erinnert, im Sahel jedoch vor allem in Form von Spenden erfolgt, um staatliche Infrastruktur- und Entwicklungsprojekte zu unterstützen.

Eine zentrale Säule des zivilen Widerstands in der Sahelzone ist die Stärkung des sozialen Gefüges, das durch Gewalt und Ressourcenkonflikte geschwächt wird. Vor diesem Hintergrund entstand 2020 die Bürgerkoalition für die Sahelzone (CCS), ein Bündnis von über 50 zivilgesellschaftlichen Organisationen⁽⁴⁾, das den Schutz der Zivilbevölkerung und die menschliche Sicherheit in den Mittelpunkt stellt. Zur Umsetzung dieser Ziele erarbeitet die CCS Empfehlungen zur Konfliktbewältigung und begleitet Friedensprozesse durch die Veröffentlichung von Berichten zur Sicherheitslage⁽⁵⁾. Bereits 2021 kritisierte sie die Vernachlässigung der Zivilbevölkerung in sicherheitspolitischen Maßnahmen, während der Folgebericht von 2022 insbesondere den Schutz von Frauen und Kindern sowie die Priorisierung ziviler Sicherheit gegenüber rein militärischen Erfolgsindikatoren betonte.

In Ländern wie Mali richten lokale Gemeinschaften Dialog- und Vermittlungsmechanismen ein, um Konflikte zu verhindern und zu lösen, insbesondere zwischen sesshaften Bauern/Bäuerinnen und nomadischen Viehzüchter*innen. Gemeindeverwaltungsausschüsse organisieren Sensibilisierungsmaßnahmen wie „Friedenskarawanen“, um den Dialog als wichtigstes Instrument zur Streitbeilegung zu fördern. Dies ist beispielsweise in der Ortschaft Baba (Dioula) der Fall, wo die Community Management Com-

mittees (CMC) am 17. November 2025 eine große Friedenskarawane organisiert haben. Die Karawane besuchte Treffpunkte von älteren Menschen, Jugendlichen, Handwerker*innen und Verkäufer*innen mit der Kernbotschaft, dass der Dialog das wirksamste Mittel zur Konfliktprävention und -lösung sei.

Angesichts von Sicherheitskrisen, politischen Umbrüchen und internationalen Sanktionen haben die Bevölkerungen von Mali, Burkina Faso und Niger seit Beginn der 2020er Jahre neuartige Formen der finanziellen und sozialen Mobilisierung entwickelt, um den Staat, die Verteidigungskräfte und die Entwicklungspolitik zu unterstützen. In diesen drei Ländern der zentralen Sahelzone stellt der Beitrag der Bürger*innen – sei es von der lokalen Bevölkerung oder von der Diaspora – mittlerweile einen wichtigen Hebel für nationale Resilienz und wirtschaftliche Souveränität dar. In Burkina Faso, Mali und Niger belaufen sich diese freiwilligen Beiträge der Bevölkerung auf hunderte Milliarden CFA-Francs (FCFA). In Burkina Faso z.B. wurden zwischen 2023 und 2025 fast 500 Milliarden FCFA (etwa 1 Milliarde Dollar) mobilisiert. Niger konnte zwischen 2024 und 2025 über 33 Milliarden FCFA mobilisieren, die Regierung in Mali mehr als 34,7 Milliarden FCFA bis Juli 2025.

Insgesamt zeigen diese Initiativen einen Wandel in den Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft in der zentralen Sahelzone seit 2022/2023. Die Bevölkerung wird unter sicherheitspolitischen und wirtschaftlichen Zwängen zu einem direkten Akteur der Stabilisierung und trägt sowohl Verteidigung, Solidarität als auch Entwicklungsfinanzierung mit. Trotz unterschiedlicher Mechanismen – von freiwilligen Beiträgen in Burkina Faso über ge-

zielte Abgaben in Mali bis zu gemischten Modellen im Niger – verdeutlichen sie einen gemeinsamen Willen, nationale Souveränität durch interne Ressourcen und diasporische Unterstützung zu stärken. Damit senden sie ein klares Signal an politische und internationale Akteur*innen, dass die Bevölkerung selbst die zentrale Kraft im Aufbau oder Wiederaufbau staatlicher Ordnung ist und Selbstbestimmung als Ausgangspunkt, nicht als Folge von Krisen, gedacht werden sollte.

Dolly Afoumba ist promovierte Absolventin der Wirtschaftsgeschichte der Philipps-Universität Marburg. Der Schwerpunkt ihrer Arbeit liegt auf der Kontinuität britisch-französischen Finanzimperialismus in Ost- und Zentralafrika.

(4) <https://www.globalr2p.org/resources/global-centre-country-advocacy-central-sahel/>

(5) <https://www.sahelpeoplescoalition.org/qui-nous-sommes>

